

**Antworten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die Wahlprüfsteine
des Deutschen Raiffeisenverbandes**

- 1. Welche Bedeutung hat für Sie die Rechtsform der Genossenschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume und mit welchen Maßnahmen möchten Sie die positive Entwicklung von Genossenschaften fördern und die Rechtsform stärken?**

Der Grundgedanke einer Genossenschaft ist, dass sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam etwas zu erreichen. Dabei sind der Sinn der wirtschaftlichen Prinzipien dieser Unternehmen und deren langfristiger Bestand wichtiger als der kurzfristige Gewinn. Aufgrund ihrer hohen Stabilität, den demokratischen Entscheidungsstrukturen sowie gelebter Solidarität und Nachhaltigkeit können Genossenschaften für verschiedene Herausforderungen in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen, auch bei der Entwicklung ländlicher Räume. Auf nationaler Ebene ist es Ziel der Koalition, die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, z.B. Genossenschaften, zu verbessern.

- 2. Wie werden Sie gewährleisten, dass neue Regelungen zur Grünen Taxonomie bzw. Sustainable Finance die Kreditversorgung der Land- und Ernährungswirtschaft nicht gefährden und das Genossenschaftsmodell als besonders nachhaltige Wirtschaftsform anerkannt wird?**

Mit Hilfe der Taxonomie sollen Investoren erkennen können, ob nachhaltig gewirtschaftet wird. Auf diese Weise kann die Finanzwirtschaft eine Lenkungsfunktion hin zu mehr Nachhaltigkeit übernehmen. Die Einstufungen im Rahmen dieses Klassifizierungssystems wurden und werden teilweise kontrovers diskutiert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regeln vorhersehbar, nachvollziehbar und übersichtlich bleiben. Es ist unklar, ob die Kreditvergabe an landwirtschaftliche Betriebe durch die Taxonomie erschwert wird. Diese Entwicklung gilt es zu beobachten.

- 3. Wie werden Sie die Notwendigkeit einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung mit den ambitionierten Klimazielen der EU in Einklang bringen, um Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen innerhalb der EU zu gewährleisten und europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stärken?**

Wir kämpfen für den Standort Europa als Vorreiter einer klimaneutralen Weltwirtschaft. Wir wollen in Europa zeigen, dass wirtschaftliche Stärke, Klimaschutz und sozialer Fortschritt zusammengebracht werden können. Deshalb brauchen wir einen wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch in Europa. Dafür wollen wir günstige Energiepreise schaffen, indem wir massiv den Ausbau der Erneuerbaren und eines EU-weiten Netzes

voranbringen. Außerdem wollen wir die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen mit gezielten Förderungen an Unternehmen, die Innovationsimpulse in die gesamte deutsche und europäische Wirtschaft tragen.

4. Welche bürokratiesenkenden Maßnahmen planen Sie in der kommenden Wahlperiode für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere für KMU und wie stellen Sie sicher, dass wichtige Nachhaltigkeitsprojekte (bspw. CSDDD, EUDR, Taxonomie) nicht zu einem weiteren Bürokratieaufwuchs führen?

Wir möchten die Qualität von EU-Regulierungen verbessern. Daher werden wir uns weiter dafür einsetzen, Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener Regulierungen. Zum Teil blockieren sich verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier wollen wir durchlüften, ohne Schutzstandards abzusenken.

5. Welche Schwerpunkte wollen Sie bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 setzen und werden Sie hierbei die besondere Situation der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse berücksichtigen sowie die bestehenden Junglandwirteförderung in juristischen Personen ausbauen?

Der Beitrag zur Einkommenssicherung der Landwirte ist nicht ausreichend. Landwirte brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen, damit Deutschland in Europa eine starke eigene landwirtschaftliche Basis behält. Es ist wichtig, dass im Wettbewerb faire Bedingungen gelten und notwendige Veränderungen gerecht gestaltet werden. Wichtig wird zukünftig die Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen sein. Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein Einkommen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten. Die Agrarförderung soll weiterentwickelt werden, so dass die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus rücken.

6. Nach der Ablehnung der SUR: Wie wollen Sie eine einheitliche europäische Regelung des Einsatzes und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln umsetzen und wie wird dies mit der angestrebten Erhöhung des Selbstversorgungsgrades von pflanzlichen Erzeugnissen in der EU in Einklang gebracht?

Um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen grundsätzlich dringend notwendige Reformen umgesetzt werden. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern. Unseren Selbstversorgungsgrad sichern wir nicht, indem wir uns von Pflanzenschutzmitteln und Futterimporten abhängig machen. Um Ernährungssicherheit zu erzielen, braucht es vielmehr eine starke regionale

Landwirtschaft, die nachhaltige Anbaumethoden verfolgt. So wollen wir auch die ökologische Landwirtschaft dabei unterstützen, 25 Prozent Flächenanteil in Europa zu erreichen.

7. Mit welchen Maßnahmen werden Sie für Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt sorgen (Level Playing Field) insbesondere im Bereich der Standards von Tierhaltung und Tiertransporten, bei Regelungen zum Tierwohl und einer einheitlichen Herkunftskennzeichnung tierischer Erzeugnisse?

Standards und Kennzeichen sind nur sinnvoll, wenn sie verpflichtend für alle gelten und wenn sie auch eingehalten werden. Wir fordern daher eine europaweit einheitliche Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen sowie ein Tierwohllabel für alle tierischen unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte. Bei den Tiertransporten müssen acht Stunden das Maximum bei Lebewesen sein. Um sicherzustellen, dass die europäischen Schutzregeln bis zum Zielpunkt gelten, brauchen wir ein Verbot von Lebewesen-transporten in Drittstaaten, wo die Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung nicht gewährleistet werden kann.

8. Welchen Beitrag soll die Europäische Union leisten, um die Digitalisierung und die Vernetzung in der Landwirtschaft voranzutreiben, diese rascher zu etablieren und damit innovative Neuentwicklungen zu fördern?

Die EU hat in den letzten Jahren viele Rechtsakte wie den Digital Service Act (DSA) den Digital Markets Act (DMA) und zuletzt den AI-Act auf den Weg gebracht. Wir wollen im nächsten Schritt dafür sorgen, dass zur wirksamen Umsetzung der Rechtsakte genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit die Vorgaben in den Mitgliedsstaaten transparent, lösungsorientiert und einheitlich umgesetzt werden können. Mit Blick auf die Landwirtschaft wollen wir digitale Technik ermöglichen und voranbringen. Die Verringerung des Pflanzenschutz- und Düngemittelleinsatzes durch KI-gestütztes precision farming ist hier ein Beispiel. Zudem wollen wir Effizienzsteigerungen und Ressourcenschonung in der Grundstoffindustrie mittels digitaler Technologien verbessern.